

Anlagen

Im Juli 2007

Umweltplan Baden-Württemberg

Die Landesregierung hat im Dezember 2000 den ersten Umweltplan Baden-Württemberg beschlossen. In der Koalitionsvereinbarung zur 14. Legislaturperiode von 2006 wurde das Ziel der Fortschreibung des Umweltplanes festgeschrieben.

Der Entwurf des Umweltplans mit dem neuen Zieljahr 2012 ist schwerpunktorientiert. Seine Grundausrichtung basiert auf der Überzeugung, dass erfolgreicher Umweltschutz nur im Einklang mit den gesellschaftlichen Ansprüchen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten verwirklicht werden kann.

Der Entwurf ist in einen Allgemeinen Teil („Umweltpolitik in Baden-Württemberg“) sowie in einen Besonderen Teil mit zehn Fachkapiteln gegliedert, die die einzelnen Teilbereiche, Umweltmedien und Handlungsfelder beschreiben. Der Umweltplan setzt durch qualitative Zielvorstellungen, quantifizierte Ziele und mögliche Umsetzungsmaßnahmen einen programmatischen Handlungsrahmen.

Der Umweltplan ist gleichzeitig tragende ökologische Säule der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes.

Der Entwurf des Umweltplans kann im Internet herunter geladen werden unter:
www.um.baden-wuerttemberg.de

Einzelne Handlungsfelder und Ziele

1. Ressourcenschonung

- Das Land tritt für eine nachhaltige Ressourcennutzung ein, die sich bei Eingriffen und Stoffeinträgen in die Umwelt an der Belastbarkeit und Regenerationsfähigkeit der Umweltmedien (Luft, Wasser, Boden) orientiert und einer dauerhaften Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes unter Vorsorgegesichtspunkten Rechnung trägt.
- Ziel: Bis 2020 soll die Ressourceneffizienz im Land um den Faktor 2,0 gesteigert werden.

2. Klimaschutz

- Die Landesregierung strebt als Beitrag zur Kyoto-Verpflichtung an, durch eigenen Maßnahmen und Initiativen den CO₂-Ausstoß um zwei bis vier Millionen Tonnen zu vermindern. Dieses Ziel spiegelt den konkreten Handlungsspielraum des Landes wider. Demgegenüber ist die Gesamtentwicklung der CO₂-Emissionen im Land ganz erheblich von energie- und klimapolitischen Weichenstellungen des Bundes und der EU abhängig (und insoweit dem Einfluss des Landes entzogen).
- Die Landesregierung hält am Ziel fest, den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch zu steigern. So sollen bis zum Jahr 2020 die erneuerbaren Energien mit 20 Prozent zum Stromverbrauch des Landes beitragen.
- In Baden-Württemberg soll der Pro-Kopf-Energieverbrauch in den nächsten zehn Jahren um 20 Prozent gesenkt werden.

3. Luftreinhaltung

- Feinstaub (PM₁₀): Reduktion der Emissionen gegenüber dem Jahr 2000 um 25 Prozent bis 2010 und 30 Prozent bis 2020; Stickstoffoxide (NO_x): Reduktion gegenüber dem Jahr 2000; um 35 Prozent bis 2010 und 45 Prozent bis 2020; flüchtige organische Verbindungen (NMVOC): Reduktion gegenüber dem Jahr 2000 um 20 Prozent bis 2010 und 30 Prozent bis 2020; Ammoniak (NH₃): Reduktion gegenüber dem Jahr 2000 um 15 Prozent bis 2010.

4. Lärm

- Die Lärmschwerpunkte des Landes sollen identifiziert, priorisiert und nach Aufstellung eines Stufenplans so schnell wie möglich entlastet und damit die Anzahl der Bewohner, auf die gesundheitsgefährdende Lärmbelastungen einwirken, spürbar verringert werden.
- Mindestziel der Lärminderung ist, die Lärmsanierungswerte von 70 dB(A) tags und 60 dB(A) nachts in Wohngebieten, an Schulen, Krankenhäusern, Kur- und Altenheimen entlang von Verkehrswegen einzuhalten.

5. Gewässerschutz

- Hauptziel wird künftig über die Gewässerreinigung hinaus das Erreichen der erweiterten Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie möglichst bis zum Jahr 2015 sein. Insbesondere wird das Land darauf hinwirken, dass in den Flusseinzugsgebieten die ökologische Funktionsfähigkeit für alle nach der Wasserrahmenrichtlinie zu betrachtenden Komponenten hergestellt wird und die diffusen Schadstoffeinträge in das Grundwasser und die Oberflächengewässer reduziert werden.

6. Flächenverbrauch

- Die Siedlungsentwicklung ist entsprechend dem Ziel des Landesentwicklungsplans (LEP) 2002 vorrangig am Bestand auszurichten. Unvermeidbare Neubauflächen sollen nur am konkret absehbaren Neubauflächenbedarf bemessen werden und möglichst Flächen sparend sowie Ressourcen schonend ausgewiesen werden.

- Alle Kommunen des Landes sollen ihre Innenentwicklungspotenziale erfassen und – an die örtlichen Verhältnisse angepasst – Anstrengungen zu ihrer Aktivierung unternehmen.
- Die Förderpolitik des Landes soll die Gemeinden darin unterstützen, ihre Siedlungsentwicklung auf den Innenbereich zu konzentrieren.
- Eine Bundesratsinitiative zur Reform der Grundsteuer soll geprüft werden. Diese soll eine Öffnungsklausel ermöglichen, damit Gemeinden mit der Gestaltung der Grundsteuer Anreize für Flächen sparende Bauweise setzen und die Mobilisierung von erschlossenen, aber unbebauten Grundstücken voranbringen können
- Sofern es zu keiner spürbaren Dämpfung der Flächeninanspruchnahme kommt, sind weitergehende und neue Instrumente zu prüfen.

7. Bodenschutz - Altlasten

- Vorsorgender Schutz der überwiegend noch intakten Böden durch die Begrenzung der Flächeninanspruchnahme für Bebauung (Versiegelung), Lenkung der Bodeninanspruchnahme auf weniger hochwertige Böden und die Begrenzung des Schadstoffeintrages in Böden auf allen Handlungsebenen des Landes konkret voran zu bringen.
- Die thermische Verwertung von Klärschlamm als Alternative zur bodenbezogenen Verwertung soll weiterhin konsequent ausgebaut werden.
- Das Land verfolgt das Ziel, alle altlastverdächtigen Flächen und Altlasten im Land zu untersuchen und zu bewerten: jährlich sollen 300 Altlasten saniert werden und bei 2000 Fällen der Altlastverdacht untersucht werden.

8. Abfall- und Kreislaufwirtschaft:

- Bedarfsdeckende Abfallentsorgungskapazitäten
- Die stoffliche und energetische Nutzung von Abfällen soll weiter ausgebaut werden,
- Die rechtlichen Rahmenbedingungen des Wettbewerbs im Bereich der Entsorgung von Verpackungsabfällen soll überprüft und abfallrechtliche Vorschriften dereguliert werden.

9. Hochwasserschutz

- Der Hochwasserschutz ist eine Daueraufgabe und ein Schwerpunkt der Umweltpolitik der Landesregierung. Die Ziele des Umweltplan 2000 behalten daher grundsätzlich ihre Gültigkeit, werden zum Teil präzisiert:

10 Umweltbildung nachhaltige Entwicklung

- Weiterentwicklung und Bündelung der Aktivitäten sowie Transfer guter Praxis in die Breite, Vernetzung der Akteure einer Bildung für nachhaltige Entwicklung.
- Das Land strebt ein landesweites Bündnis der Akteure an, das Vorbild für regionale und lokale Bündnisse sein kann.

Im Juli 2007

Nachhaltigkeitsstrategie des Landes

- Übersicht über Themenfelder und Projekte -

Themenfeld 1: Zukunftsfähige Energieversorgung und -nutzung

Kommunaler Klimaschutz

Projektstart: 24. Mai 2007

Projektvorsitz: Dr. Albrecht Rittmann, Umweltministerium Baden-Württemberg

Co-Vorsitz: Rainer Specht, Städtetag Baden-Württemberg

Reduzierung des Energieverbrauchs in Haushalt, Gewerbe und Industrie

Projektstart: 21. Juni 2007

Projektvorsitz: Karl GreiBing, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Co-Vorsitz: Beate Weiser, Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V.

Stärkung der Nachhaltigkeit im Staatlichen Hochbau

Projektstart: 15. März 2007

Projektvorsitz: Thomas Knödler, Finanzministerium Baden-Württemberg

Co-Vorsitz: Wahl des Co-Vorsitzenden steht noch aus.

Themenfeld 2: Produzieren und Arbeiten

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Projektstart: 27. März 2007

Projektvorsitz: Günter Mächtle, Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg

Co-Vorsitz: Ass. iur. Marion Johannsen, Geschäftsführerin der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e.V.

Hochwertige Lebensmittel aus unserem Land

Projektstart: 29. Juni 2007

Projektvorsitz: Joachim Hauck, Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum Baden-Württemberg

Co-Vorsitz: Prof. Dr. Reiner Doluschitz, Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Hohenheim

Abfall als Ressource

geplanter Projektstart: 24. Juli 2007

Themenfeld 3: Zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Regionen

Flächen gewinnen in Baden-Württemberg

Projektstart: Termin steht noch nicht fest

Runder Tisch Radverkehr

Projektstart: Das Projekt wurde bereits im Jahr 2006 begonnen. Die Teilnehmer haben sich dafür ausgesprochen, das Projekt in die Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen.

Projektvorsitz: Staatssekretär Rudolf Köberle, Innenministerium Baden-Württemberg

Themenfeld 4: Lebensqualität

Neuakzentuierung der Prävention in Baden-Württemberg

geplanter Projektstart: 26. Juli 2007

Zukunftsorientierte Sicherheitsarbeit – Innovationspartnerschaft

Projektstart: 19. Juni 2007

Projektvorsitz: Landespolizeipräsident Erwin Hetger, Innenministerium Baden-Württemberg

Co-Vorsitz: Dr. Gunther Grasmann, Fraunhofer Institut für Informations- und Datenverarbeitung IITB

Gesunde Ernährung

Projektstart: 29. Juni 2007

Projektvorsitz: Jürgen Maier, Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum Baden-Württemberg

Co-Vorsitz: Dr. Gesa Schönberger, Wild-Stiftung Unsere Bäche und Flüsse – Die Lebensadern Baden-Württembergs

Projektstart: 23. April 2007

Projektvorsitz: Peter Fuhrmann, Umweltministerium Baden-Württemberg

Co-Vorsitz: Prof. Dr. Werner Konold, Institut für Landespflege, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Themenfeld 5: Zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Projektstart; 8. Mai 2007

Projektvorsitz: Achim Beule, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden Württemberg

Co-Vorsitz: Sigrid Schell-Straub, Landesarbeitskreis Schule für Eine Welt

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Justiz

Projektstart: 27. April 2007

Projektvorsitz: Prof. Stephan, Justizministerium Baden-Württemberg

Co-Vorsitz: Oberstaatsanwalt a.D. Hans Nusser, Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Biologische Vielfalt: Klimaänderung und zuwandernde Arten

Projektstart in Vorbereitung